

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/020(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 12.04.2016	Albert-Einstein-Gymnasium Raum 105 Olvenstedter Graseweg 36 39128 Magdeburg	16:30Uhr	19:25Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.03.2016
- 4 Besichtigung Albert-Einstein-Gymnasium
- 5 Information der Schulleiter der IGS "Willy Brandt" und der IGS "Regine Hildebrandt" zur Raumsituation
- 6 Beschulung von Migranten
BE: FB 40

- | | | |
|-------|---|------------|
| 7 | Beschlussvorlagen | |
| 7.1 | Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Förderschule für Körperbehinderte (FÖSK)
BE: FB 40 | DS0042/16 |
| 8 | Anträge | |
| 8.1 | Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt? | A0006/16 |
| 8.1.1 | Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt? | A0006/16/1 |
| 8.2 | Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt?
BE: FB 40 | S0049/16 |
| 8.3 | Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen | A0005/16 |
| 8.4 | Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen
BE: FB 40 | S0054/16 |
| 9 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzender

Bernd Heynemann

Mitglieder des Gremiums

Christian Hausmann

Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Oliver Müller

Jürgen Canehl

Matthias Boxhorn i.V. Gunter Schindehütte

Sachkundige Einwohner/innen

Anke Jäger

Geschäftsführung

Diana Knobbe

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Stadträte, die Verwaltung, den Behinderten- und die Kinderbeauftragte, den gastgebenden Schulleiter, Herrn Witte, sowie 10 anwesende Gäste. Außerdem war der Offene Kanal Magdeburg zu Dreharbeiten vor Ort.

Der Ausschuss ist mit 5 Stadträten, ab 17:05 Uhr mit 7 Stadträten, beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit **5:0:0 Stimmen** bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.03.2016

Die Niederschrift vom 08.03.2016 wird bestätigt.

Stadtrat Canehl weist darauf hin, dass die Schulleiterin der GS „Am Westring“ zur heutigen Sitzung eingeladen werden sollte. Die Schulleiterin wird nun zur Sitzung des BSS am 03.05.16 eingeladen.

4. Besichtigung Albert-Einstein-Gymnasium

Herr Witte, Schulleiter des Albert-Einstein-Gymnasium begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für das Interesse an seiner Schule.

Er verweist darauf, dass das Albert-Einstein-Gymnasium der einzige Neubau eines Gymnasiums nach der Wende in der Landeshauptstadt Magdeburg ist. Das Gebäude wurde 1996 fertiggestellt und feiert somit in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen. Derzeit besuchen rund 800 SchülerInnen das Gymnasium, verteilt auf 4 bis 5 Klassen pro Jahrgang.

Herr Witte schlägt eine kurze Besichtigung des Gebäudes vor, damit sich die Stadträte punktuell ein Bild zur Schule machen können. Für Fragen steht auch Herr Overmann vom KGm zur Verfügung.

Nach der Besichtigung steht **Herr Witte** für Fragen der Stadträte zur Verfügung.

Frau Jäger möchte sich zur angebotenen Schulsozialarbeit am Gymnasium informieren.

Herr Witte erläutert, dass das Angebot auf Freiwilligkeit basiert und als Angebot für Schüler und Eltern gilt und dementsprechend auch gut angenommen wird.

Stadtrat Canehl fragt nach der Anzahl von Migranten und des Lehrpersonals.

Herr Witte informiert, dass die Schule für eine 4-Zügigkeit konzipiert wurde; dies wechselt sich aber auch mit einer 5-Zügigkeit ab. Derzeit werden keine Migranten am Gymnasium beschult. Die Klassenstärke beträgt 24 bis 28 SchülerInnen. Der Unterrichtsausfall kann momentan recht gut kompensiert werden. Allerdings kann der Ausgleich von langzeiterkrankten Lehrern derzeit nicht ausgeglichen werden.

Herr Pischner fragt nach dem Zustand der sanitären Anlagen im Gebäude, nach Spinden für die Schüler.

Herr Witte erklärt, dass die Sanitäreinrichtungen malermäßig instand gesetzt wurden und in einem guten Zustand sind. Schließfächer sind ausreichend vorhanden und werden gut genutzt. Auf Nachfrage zum Umgang mit Smart-Phones verweist **Herr Witte** darauf, alle elektrischen Geräte im Schulgebäude nicht benutzt werden dürfen.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Müller** informiert **Herr Witte**, dass die Risse im Wandbereich Setzrisse des Fundamentes sind, die statisch nicht bedenklich sind.

Stadtrat Müller fragt ebenfalls nach der Nutzung der städtischen Medienstelle durch das Gymnasium. **Herr Witte** empfindet das Angebot der Medienstelle als sehr aktuell und es wird vom Lehrpersonal vielfältig genutzt.

Stadtrat Mewes möchte den Altersdurchschnitt des Lehrpersonals wissen. **Herr Witte** informiert, dass der Durchschnitt bei 50/51 Jahren liegt. Der Fachlehrunterricht müsse nicht gekürzt werden. Durch die gute Besetzung herrscht kein Fachkräftemangel.

Herr Witte bedankt sich nochmals für das Interesse. Er würde sich eine turnusmäßige Instandhaltung aller Schulen durch das KGm wünschen. Der Werterhalt sollte finanziell gesichert sein. **Stadtrat Canehl** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei einer Bausumme von rund 40 Mio. DM jährlich eine 6-%ige Rückstellung im Haushalt einstellt werden müsste.

Bei einer eventuellen Kapazitätsausweitung an Gymnasien hält er eine Containerlösung für sehr sinnvoll, um bestehende Schulen zu erweitern. Für eine durch den Liegenschaftsservice verwaltete Fläche neben der Schule könnte **Herr Witte** sich eine Nutzung durch ein weiteres Bildungsangebot gut vorstellen.

Der Vorsitzende dankt **Herrn Witte** für den Einblick in das Albert-Einstein-Gymnasium.

5. Information der Schulleiter der IGS "Willy Brandt" und der IGS "Regine Hildebrandt" zur Raumsituation

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Thema **Frau Ulitzka**, Schulleiterin der IGS „Willy Brandt“ und **Frau Dr. Breitenfeld**, Schulleiterin der IGS „Regine Hildebrandt“.

Stadtrat Müller beklagt, dass zu diesem Thema Frau Gregull, Schulleiterin der GS „Am Westring“ nicht eingeladen wurde. So war es auf der letzten Sitzung vereinbart worden. Er ist der Meinung, dass dieses Thema ohne Frau Gregull nicht beraten werden kann. Die Schulleiterin ist zur nächsten Sitzung des BSS am 03.05.2016 durch die Verwaltung einzuladen.

Der Vorsitzende erteilt das Rederecht an die Schulleitungen.

Frau Ulitzka erläutert, dass die Information I0035/16 „Raumprogramm der IGS 'Willy Brandt'“ Anlass für ihre heutige Teilnahme am Ausschuss ist. Sie informiert, dass sie seit 2010 Schulleiterin an der IGS ist, die Probleme aber schon länger bekannt sind. Die Schulentwicklungsplanung 2008-2013/14 sah 36/37 Klassen mit maximal 957 Schülern vor. Danach von 2013/14-2018/19 eine 4-Zügigkeit in der Sekundarstufe 1 mit 912 Kindern. Sie sieht einen enormen Platzmangel an der Schule, auch, weil die Kinder durch Zuweisungen komplett aufgenommen werden. Der Klassenteiler (112) wird überschritten, erst dann wird eine neue Klasse eröffnet. Daher wird auch die Anzahl der Klassen gegenüber der SEPL überschritten. Die räumliche Situation ist deutlich eingeschränkt. Die gymnasiale Oberstufe hat sich in den letzten Jahren stabilisiert; hier ist ein massiver Aufwuchs zu verzeichnen. Es liegen derzeit 171 Anmeldungen vor; 112 dürften nur aufgenommen werden.

Frau Ulitzka macht außerdem deutlich, dass sie bei Elternversammlung für Gemeinschaftsschulen als Alternative geworben hat. So haben z. B. 65 Ihrer SchülerInnen die Gemeinschaftsschule als Zweitwunsch angegeben.

Herr Prof. Puhle betont ausdrücklich, dass die Kritik nicht persönlich gegen **Frau Ullitzka** gemeint war. Er verwehrt sich aber gegen den Anschein des schulpolitischen Versagens, welches der Schulverwaltung nach der GWA-Sitzung im Januar vorgeworfen wurde. Dies kann er so nicht hinnehmen. Es hat am 21.03.2016 mit dem Direktor des Landesschulamtes bei ihm ein Gespräch zur Situation an den beiden IGS gegeben. Das Ergebnis wird er nach den Ausführungen von Frau Dr. Breitenfeld erläutern.

Stadtrat Müller ist froh über die Möglichkeit, die Schilderungen der beiden Schulleitungen zu hören. Er schlägt vor, bei Behandlung im Ausschuss zu Schulangelegenheiten, generell die Leitungen dazu einzuladen.

Er fordert von der Verwaltung eine Richtigstellung gegenüber Frau Ullitzka. Für ihn ist das Handeln von Frau Ullitzka durch die Verwaltung verunglimpft worden. Er erwartet eine Entschuldigung der Verwaltung. **Stadtrat Müller** schlägt vor, die Information zu überarbeiten.

Herr Krüger fragt Herrn Müller, was konkret er in der Information für falsch hält.

Stadtrat Müller führt hier als Beispiel den Absatz auf Seite 2 an. Darin heißt es: „Auch im Bereich der gymnasialen Oberstufe besteht eine Diskrepanz zwischen den Zügigkeiten und den räumlichen Bedingungen. Dennoch scheint die Absicherung der Beschulung möglich, da hier nicht die Undurchführbarkeit des Unterrichtes seitens der Schulleitung im Landesschulamt und/oder dem Schulträger angezeigt wurde. Damit war im Vorfeld eine Einflussnahme seitens des Schulträgers nicht möglich.“ Wie hängt das zusammen?

Auf Seite 3 der Information (Tabelle) zieht er aus den angegebenen Schülerzahlen den Schluss, dass eigentlich noch 100 Kinder mehr beschult werden könnten.

Die Schuldzuweisung bezüglich der Nichteinbeziehung der Schulverwaltung durch Frau Ullitzka (Seite 4) sieht er als unhaltbar an.

Stadtrat Müller fordert von der Verwaltung eine selbstkritische Stellungnahme.

Herr Prof. Puhle entgegnet, dass in der Information keine Noten an die Schulleiterin verteilt wurden, wie von **Stadtrat Müller** angesprochen. Die Verwaltung hat rein sachlich festgestellt, dass die Schulleitung mit in die Verantwortung genommen wird, so wie es im Schulgesetz festgehalten ist.

Frau Ullitzka unterbreitet den Vorschlag, ein gemeinsames Gespräch mit Herrn Prof. Puhle zu führen und über die unterschiedlichen Auffassungen zu sprechen. **Herr Prof. Puhle** stimmt dem zu.

Stadtrat Canehl stimmt mit Stadtrat Müller überein, dass die Informationsvorlage überarbeitet werden muss. Außerdem war er davon ausgegangen, dass ein klärendes Gespräch der Verwaltung mit Frau Ullitzka längst stattgefunden hat. Er fordert hier von der Verwaltung eine Entschuldigung bei Frau Ullitzka zu den in der Information aufgeworfenen Vorwürfen. Die Zuweisungen des Landesschulamtes können durch Frau Ullitzka nicht abgelehnt werden. Das könne die Verwaltung nicht ignorieren.

Herr Krüger verweist nochmals ausdrücklich darauf, dass es keinen Vorwurf an Frau Ullitzka persönlich gibt. Es handelt sich bei der Information lediglich um Feststellungen.

Stadtrat Müller sieht die Lesart der Information durch die Öffentlichkeit aber anders. Hier wird sehr wohl eine Schuld bei der Schulleitung gesehen.

Auch **Stadtrat Kräuter** erwartet eine Entschuldigung, wenn Fehler gemacht wurden.

Herr Prof. Puhle schlägt vor, im Nachgang des Gespräches mit Frau Ullitzka eine Ergänzung der Information I0035/16 vorzulegen.

Stadtrat Canehl erwartet eine Neu-Erarbeitung der Information.

Der Vorsitzende fasst zusammen:

Die Information I0035/16 ist im Stadtrat bereits zur Kenntnis genommen worden und kann somit nicht mehr verändert werden. Er verweist darauf, dass hier sachlich der Handlungsbedarf zu ermitteln ist. Herr Prof. Puhle wird kurzfristig mit Frau Ulitzka ein konstruktives Gespräch zu den unterschiedlichen Perspektiven führen.

Stadtrat Müller stellt folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport beschließt, dass der kritisierte Inhalt der I0035/16 „Raumsituation IGS Willy Brandt“ in einer neuen Informationsvorlage richtig zu stellen ist.

Der Antrag wird mit **6:0:0 Stimmen** bestätigt.

Frau Dr. Breitenfeld erhält das Rederecht. Sie erläutert, dass sie seit 18 Jahren Leiterin der IGS „Regine Hildebrandt“ ist und informiert, dass die Schule stetig wächst. In ihrer Schule wurden Lerngruppen für Migranten mit Deutsch als Fremdsprache eingerichtet. Pro Klasse werden 28 – 30 Schüler in 56 Unterrichtsräumen (zusätzlich 4 kleine Räume) von 90 Lehrkräften unterrichtet. Frau Breitenfeld informiert, dass die Situation an der Schule nicht luxuriös ist, aber ein gutes Auskommen gesichert ist.

Stadtrat Kräuter hält auch hier eine Containerlösung für sehr gut, um mehr Räumlichkeiten zu schaffen.

Herr Prof. Puhle bedankt sich bei Frau Dr. Breitenfeld für die Ausführungen.

Herr Prof. Puhle informiert über das Gespräch mit dem Landesschulamt am 21.03.2016. Er stellt fest, dass das Landesschulamt und auch der Fachbereich Schule und Sport die beiden Integrativen Gesamtschulen nicht in Frage stellt. Dies hat der SR auch in der SEPL so beschlossen. Allerdings strebt das Landesschulamt auch keine 3. IGS an. Zur Entlastung der IGS „Willy Brandt“ werden SchülerInnen an die IGS „Regine Hildebrandt“ zu verlagert, ohne die Einbeziehung der Neruda-Schule. Das Landesschulamt will die Gemeinschaftsschulen stärken.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Canehl** erläutert Frau Dr. Breitenfeld, dass die derzeitige 6-Zügigkeit nicht weiter erhöht werden sollte. **Stadtrat Canehl** weist darauf hin, dass sich durch die Kooperationsverträge mit den Gemeinschaftsschulen zusätzlicher Raumbedarf ergibt. Dies passt nicht mit der Formulierung in der I0035/16 zusammen. Er fragt nach, ob dies dann bedeutet, dass dann mehr Klassen eingeschult werden. Er fordert, so wie es für die Grundschulen möglich ist, auch hier eine Containerlösung, um mehr Raum zu schaffen.

Herr Prof. Puhle erläutert, dass sich dies erst aus den dann vorliegenden Anmeldungen ergeben wird. Eine 7-Zügigkeit wäre möglich, müsste aber mit dem Landesschulamt geklärt werden.

Stadtrat Müller hat von einem Schallschutzproblem in der Sporthalle gehört und fragt diesbezüglich nach. Außerdem fragt er die Verwaltung, wann das Problem im BSS zur Sprache gebracht werden sollte und wie hier Abhilfe zu schaffen ist. **Frau Dr. Breitenfeld** informiert, dass bereits mehrere Kollegen aufgrund der enormen Lautstärke erkrankt sind. Nach der Sanierung konnte aus statischen Gründen die Decke nicht mehr abgehängt werden, somit erhöht sich der Pegel der Lautstärke.

Herr Krüger informiert, dass es ein durch das KGm beauftragtes Schallschutzgutachten gibt, das das Problem aufzeigt. Es wurde mit dem Landesschulamt Kontakt aufgenommen, um Lösungsansätze zu suchen. Ein Gutachten des vom Landesschulamt beauftragten Medical Airport Service hat andere Werte ermittelt. Ergebnisse liegen nicht vor.

Der Vorsitzende dankt beiden Schulleiterinnen für ihre Informationen und weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass es vor allen Dingen um die Sache geht, um Lösungen im Sinne der Schüler und Lehrer zu finden.

6. Beschulung von Migranten

Herr Krüger weist auf die Übersicht zu Sprachklassen und –gruppen per 31.03.16 hin. Demnach besuchen 543 SchülerInnen Grundschulen, 265 SchülerInnen Gemeinschaftsschulen, 29 SchülerInnen Gesamtschulen und 8 SchülerInnen Förderschulen. 152 Jugendliche gehen auf eine berufsbildende Schule (gesamt 997).

Der Vorsitzende bitte um eine genaue Aufschlüsselung auf Klassenstufen und Zuordnung zu den einzelnen Schulen. Die Auflistung in dem Protokoll als Anlage beizufügen.

7. Beschlussvorlagen

7.1. Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Förderschule für Körperbehinderte (FÖSK) Vorlage: DS0042/16

Herr Prof. Puhle bringt die Drucksache ein. Es wurde mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass das Land finanzielle Mittel für den Neubau der Schule am Standort Roggengrund 33-34 zur Verfügung stellt. Die Außenstelle am Standort Kritzmannstr. 2 soll nach Fertigstellung des Neubaus geschlossen werden.

Der Vorsitzende wünscht sich hierzu ein Gespräch des Oberbürgermeisters mit dem Finanzminister. **Stadtrat Canehl** betont, dass es sehr gut ist, dass die Schüler erst nach Fertigstellung des Neubaus umziehen müssten. Er findet es sinnvoll, das Gebäude im Fermersleber Weg für eine Kita umzubauen.

Auf Nachfrage von **Herr Pischner** zur Auskömmlichkeit der finanziellen Mittel betont **Herr Krüger**, dass diese anhand der Kostenschätzung für die Wiener Straße ermittelt wurden.

Die Drucksache wird mit **6:0:0 Stimmen** bestätigt.

8. Anträge

8.1. Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt? Vorlage: A0006/16

Herr Prof. Puhle weist darauf hin, dass die Verwaltung den Vorschlag für eine Bildungskonferenz als sehr positiv sieht. Allerdings schlägt er vor, die Konferenz im 2. Halbjahr 2017 stattfinden zu lassen. Zunächst sei abzuwarten, ob das Schulgesetz durch die neue Landesregierung nach der Wahl verändert werden soll. Außerdem bedarf eine solche Konferenz einer sehr guten Vorbereitung, die einen zeitlichen Vorlauf benötigt. Zudem hält er es für sinnvoll, die Ergebnisse der Konferenz in die Schulentwicklungsplanung einfließen zu lassen.

Stadtrat Müller hegt den Verdacht, dass die Verwaltung eine solche Konferenz nicht gut findet. Er vermisst Vorschläge und eine Zielstellung sowie eine Zeitschiene für eine solche Veranstaltung. Er hält es für sehr wichtig, eine solche Bildungskonferenz abzuhalten, auch weil mehr moderne pädagogische Angebote gefordert sind. Er weist auch darauf hin, dass nicht der Fachbereich Schule und Sport beauftragt wurde, die gesamte Konferenz vorzubereiten, sondern der Oberbürgermeister. Außer dem Dezernat IV sind auch andere Dezernate betroffen und einzubeziehen.

Hier könnte darüber nachgedacht werden, zur Vorbereitung eine externe Agentur zu beauftragen und z. B. auch andere Partner, wie z. B. die Otto-von-Guericke-Universität, einzubeziehen.

Stadtrat Mewes hält den Hinweis der Verwaltung auf die Entscheidungen der neuen Landesregierung zum Schulgesetz nicht für sinnvoll. Bildung sollte nicht zum Spielball der neuen Regierung werden. Dies ändert nichts an den Tatsachen, die die Bildung in Magdeburg betrifft.

Frau Thäger weist auf den Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses hin, dass die Konferenz noch in der aktuellen mittelfristigen Schulentwicklungsplanung stattfinden soll.

Stadtrat Canehl erwartet von der neuen Landesregierung keine großen Änderungen in der Bildungspolitik. Er stimmt Stadtrat Müller zu, dass die Schulentwicklungsplanung breit abgestimmt werden muss, u. a. mit dem Stadtplanungsamt, zu Horten usw. Außerdem weist er darauf hin, dass es einen klaren Beschluss des Stadtrates gibt, umgehend drei neue Grundschulen zu bauen. Die Verwaltung spricht davon, drei Standorte zu prüfen. Dies ist falsch. Es fordert, dass bis zum Juni 2016 eine konkrete Planung vorliegen muss und danach ist die Konferenz abzuhalten.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass eine solche Konferenz auch Zeit benötigt, um diese gut und fundiert vorzubereiten. Er schlägt vor, die Bildungskonferenz im 1. Halbjahr 2017 durchzuführen. Er stimmt **Stadtrat Müller** zu, in Vorbereitung ein Konzept zur Vorbereitung der Tagung im Bildungsausschuss abzustimmen. Dieser sollte eine Zeitschiene, die Teilnehmer, Themen und Inhalte umfassen.

Herr Prof. Puhle schlägt vor, einen Vorschlag im September im Bildungsausschuss vorzustellen. **Stadtrat Müller** hält eine 1. interne Konferenz zur Vorbereitung und im Anschluss daran eine Tagung mit den Externen für sinnvoll. Auf der gemeinsamen Sitzung Bildungsausschuss/Jugendhilfeausschuss könnte ein erster Entwurf beraten werden. **Stadtrat Canehl** erwartet das Schulentwicklungskonzept zum Juni 2016; danach die Konferenz im 1. Halbjahr 2017.

Der Vorsitzende stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport beauftragt die Verwaltung, einen 1. Entwurf eines Tagungskonzeptes zur Fachkonferenz Schulentwicklungsplanung am 14.06.2016 im BSS vorzulegen (Zeitschiene, Beteiligte, Themen und Inhalte).

Dieser Beschluss wird mit **6:0:0 Stimmen** bestätigt.

Der Antrag wird mit **6:0:0** empfohlen.

8.1.1. Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt?
Vorlage: A0006/16/1

Der Änderungsantrag wird mit **6:0:0 Stimmen** empfohlen.

- 8.2. Fachkonferenz zur künftigen Schulentwicklungsplanung: Form vs. Inhalt?
Vorlage: S0049/16
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen
Vorlage: A0005/16
-

Stadtrat Canehl bringt den Antrag ein. Er bitte um Zurückstellung auf die Sitzung am 03.05.16.

Der Ausschuss stimmt dem zu und stellt den Antrag zurück.

- 8.4. Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen
Vorlage: S0054/16
-

Die Stellungnahme wird zurückgestellt.

9. Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert, dass die gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 25.08.16, 16:00, im Ratssaal, stattfinden soll. Fraglich ist, ob die reguläre Sitzung des BSS am 16.08.16 dann entfallen soll und die Tagesordnungspunkte am 25.08.16 im Anschluss an die gemeinsame Sitzung beraten werden.

Die **Ausschussmitglieder** stimmen dem zu.

Der Vorsitzende nimmt den Vorschlag an, eine Sitzung des Ausschusses in der Medienstelle durchzuführen und bittet in der Mai-Sitzung um Terminvorschläge.

Stadtrat Canehl fragt die Verwaltung, ob es möglich ist, die Sitzung akustisch aufzunehmen. **Frau Knobbe** wird sich hierzu im Büro des Oberbürgermeisters erkundigen. Danach soll in der Sitzung des BSS am 03.05.16 dazu beraten werden.

Stadtrat Canehl fragt zum Sachstand und nach Standortvorschlägen des im Stadtrat gefassten Beschlusses zum Neubau von Grundschulen. Die finanziellen Mittel sind im Haushalt eingestellt.

Herr Prof. Puhle weist auf den Wortlaut des Beschlusses „in Angriff nehmen“ hin und wird zunächst dem Oberbürgermeister eine Information dazu vorlegen.

Zur Ausschreibung der Fläche Hermann-Gieseler-Halle fragt **Stadtrat Canehl** nach, ob nun auch die Fläche für die vorgesehene Schule verkauft werden soll. **Herr Prof. Puhle** weist darauf hin, dass die Fläche in Zuständigkeit des Finanzdezernates liegt und er dazu keine Aussage treffen kann.

Stadtrat Müller fragt nach der angekündigten Wiederholung des Vor-Ort-Termines an der Sportstätte Tonschacht. Die Verwaltung wird erneut einladen.

Herr Krüger informiert, dass die Volkshochschule 2 Stellen ausgeschrieben hat. An den Bewerbungsgesprächen könnten zwei Vertreter des Beirates der VHS teilnehmen. Zur Sitzung des Beirates am 03.05.16 soll dazu abgestimmt werden, wer an den Gesprächen teilnimmt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann
Vorsitzender

Diana Knobbe
Schriftführerin